

Frauenrechte – die große Unbekannte?

Die Bedeutung der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) und die Folgen fehlender Berücksichtigung

Public Lecture, am 24.2.2010 in Wien

Claudia Thallmayer

Bezüge von WIDE zu CEDAW

Das entwicklungspolitische Frauennetzwerk „WIDE – Women in Development Europe“ beschäftigt sich mit Frauenrechten international und legt dabei einen Schwerpunkt auf den ökonomischen Bereich, auf die Frage des Zugangs von Frauen zu Ressourcen.

Wir beziehen uns in unserer Arbeit immer wieder explizit auf internationale Vereinbarungen und auf die international festgelegten Frauenrechte. Eine besondere Rolle spielt für uns die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW (von der UN-Generalversammlung 1979 beschlossen und zwei Jahre später ab 1981 in Kraft) sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (Internationaler Pakt/ von der UN-Generalversammlung 1966 beschlossen und seit 1976 in Kraft).

CEDAW – die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau – ist eine Ergänzung, Vertiefung und Präzisierung sowohl der bürgerlichen und politischen Menschenrechte als auch der WSK-Rechte, speziell bezogen auf Frauen. In CEDAW werden vor allem konkrete gesetzgeberische Maßnahmen gefordert, um der Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen entgegenzuwirken und Gleichberechtigung konkret umzusetzen. Die Umsetzung von CEDAW durch die einzelnen Staaten wird in zeitlichen Abständen immer wieder überprüft. Schattenberichte von NGOs spielen für eine kritische Revision der Staatenberichte und die Schlussfolgerungen des CEDAW-Komitees eine wichtige Rolle. Für Frauenorganisationen sind die CEDAW-Empfehlungen ein Anknüpfungspunkt, um gegenüber den Regierungen konkrete Umsetzungsschritte zur Gleichstellung und Umsetzung der Frauenrechte einzufordern.

Frauenrechte in Bezug auf Arbeit und Wirtschaft

Mein Part ist hier, kritisch nachzufragen, was die aktuelle Wirtschaftskrise in Bezug auf die Frauenrechte bedeutet. Ich möchte dazu aus einem Artikel von CEDAW zitieren, der sich auf die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bezieht.

In Artikel 11 ist festgehalten:

- Das Recht auf Arbeit als unveräußerliches Recht jedes Menschen -Das Recht auf gleiches Entgelt für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit
- Das „Recht auf soziale Sicherheit, insbesondere auf Leistungen bei Eintritt in den Ruhestand sowie im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit“

Mit der Unterzeichnung und Ratifizierung von CEDAW verpflichten sich die Vertragsstaaten konkret auch zur- Bereitstellung von „Sozialdiensten, die Eltern eine Verbindung von Familienpflichten mit beruflichen Pflichten und der Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen, insbesondere durch die Förderung der Errichtung und des Ausbaus eines Netzes von Einrichtungen zur Kinderbetreuung“.

Was bedeutet jedoch die Wirtschaftskrise für Frauen in Hinblick auf Einlösung und Verwirklichung ihrer Rechte am Arbeitsmarkt?

Wirtschaftskrise und Folgen für Frauen

Weltweit haben durch die von der Finanzkrise 2008 ausgelöste Wirtschaftskrise rund 39 Millionen Menschen ihren Job verloren, davon geschätzte 22 Millionen Frauen. Während in den Industrieländern vor allem Männer von den Jobverlusten betroffen sind (in der Bauwirtschaft oder der Autobranche), sind es in Entwicklungs- und Schwellenländer vielfach Frauen, die in exportorientierten Fertigungsindustrien arbeiten.

- In absoluten Zahlen gesehen waren Indien und China besonders stark von der Krise betroffen; in China haben 26 Mio. WanderarbeiterInnen ihre Jobs verloren.
- In Thailand, den Philippinen, Vietnam und Bangladesh arbeiten 2 bis 5x so viele Frauen wie Männer in der Bekleidungs- und Textilindustrie sowie teilweise der Elektronikindustrie, und sind von den Jobverlusten daher überproportional betroffen.
- In Afrika gibt es seit 2002 eine boomende Schuhfertigungsindustrie in Kenya, Lesotho und Swaziland, wo über 100.000 Jobs entstanden sind; hier gab es aufgrund der Wirtschaftskrise große Einbrüche.
- In Marokko gingen in der Textilindustrie (einschließlich der Teppichproduktion, Strickereien und Bekleidung), wo zu 79% Frauen arbeiten, 10.000 Arbeitsplätze in Folge der Krise verloren.
- In Zentralamerika sind ebenfalls viele Frauen in der Exportproduktion beschäftigt; in Nicaragua gingen 2008 25.000 Jobs im Maquila-Sektor verloren; wobei Frauen 85% der Entlassenen ausmachen, die meisten von ihnen sind Alleinerzieherinnen.

Auch Migrantinnen sind von der Krise stark betroffen

Frauen machen weltweit 50% aller internationalen MigrantInnen aus; in manchen südostasiatischen Ländern liegt der Frauenanteil auch darüber. Sie arbeiten meistens im Dienstleistungssektor, als Hausangestellte, im Gastgewerbe, im Gesundheitswesen, als Altenpflegerinnen in Privathaushalten oder auch in der Unterhaltungsindustrie und der Prostitution.

Ihre Jobs sind weniger direkt, jedoch zeitverzögert ebenfalls von der Krise betroffen. Zum Beispiel in Spanien erlebten bolivianische Migrantinnen massive Einkommensverluste: Ihr Einkommen sank von 2006 bis 2009 um ungefähr die Hälfte auf rund 500 bis 600 Euro. Viele der bolivianischen Migrantinnen in Spanien arbeiten als Hausangestellte, die meisten haben keine soziale Absicherung und arbeiten mehr als acht Stunden am Tag.

Der Einkommensrückgang von Migrantinnen wirkt sich direkt auf die Geldüberweisungen an die Familien im Heimatland aus; die Weltbank rechnet für 2009 mit einem Rückgang von rund 6%. Jeder Rückgang dieser Geldflüsse hat unmittelbar Auswirkungen auf die Familien in den Herkunftsländern, denen lebensnotwendige Mittel fehlen.

Durch restriktive, nationalistische Migrationspolitiken werden MigrantInnen in verschiedenen Ländern zur Rückkehr gezwungen, Visa werden nicht verlängert; NeuzuwandererInnen werden nicht aufgenommen. Das bedeutet eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit in den Entsenderstaaten. Restriktive Migrationspolitiken bedeuteten zudem immer auch ein Abdrängen von MigrantInnen in die Illegalität, weil ihre Chancen, in einem Industrieland einen Job zu finden, immer noch größer sind als in den armen Ländern der Welt.

Weitere Auswirkungen auf Frauen

Nach Schätzungen der Weltbank sind vor allem arme Frauen durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in 33 Ländern besonders gefährdet, und dabei handelt es sich überwiegend um sehr arme Länder. Damit ist auch die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 massiv in Frage gestellt. Zu diesen Gefährdungen von Frauen zählen:

- mehr chronisch unterernährte Menschen (Milliardengrenze wurde überschritten)
- dadurch mehr Krankheiten und höhere Kindersterblichkeit (200.000 bis 400.000 mehr Kinder als bisher; von 1,4 Millionen auf 1,8 Millionen.)
- mehr Mädchen, die nicht mehr in die Schule gehen können (Abdrängung in die Hausarbeit, informelle Arbeit)
- Die Wirtschaftskrise drängt Frauen in den informellen Sektor und die Prostitution (diese Erfahrung haben viele osteuropäische Länder nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und dem brutalen Übergang zur Marktwirtschaft gemacht). Auch in den Entwicklungsländern ist Prostitution sehr klar ein Phänomen, das mit der Armut verbunden ist.
- Laut einer OECD-Studie (April 2009) arbeiten rund 1,8 Milliarden Menschen – das ist mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte weltweit – in unsicheren, schlecht bezahlten Jobs ohne soziale Absicherung – die Mehrheit davon Frauen (sie stellen 60% der „working poor“). Dieser Anteil könnte sich bis 2020 auf 2/3 aller Arbeitskräfte ausweiten!
- Dazu stimmt das Bild des männlichen Familienerhalters in vielen Ländern längst nicht mehr; die Männerlöhne sind oft so niedrig, dass die Frauen ebenfalls bezahlte Jobs annehmen müssen. In vielen Regionen wie z.B. in Zentralamerika und der Karibik gibt es auch einen hohen Anteil an Alleinerzieherinnen, bis zu 40%.
- Armut, Unterernährung, mangelnde Bildung, Prostitution begünstigen die Ausbreitung von HIV/AIDS, wobei für Frauen das HIV-Risiko besonders hoch ist – im südlichen Afrika sind es bereits zu 60% Frauen (bei den jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren liegt der Frauenanteil noch darüber).
- Die Mittel für internationale Zusammenarbeit stagnieren; darunter leiden unter anderem bereits jetzt unterdotierte Angebote für die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen wie Geburtshilfe, Beratung zur Familienplanung (von der Möglichkeit zu einem Schwangerschaftsabbruch unter medizinischer Betreuung gar nicht zu reden/ ein Abbruch ist in vielen Ländern illegal), Aufklärung zur Vermeidung von Genitalverstümmelung, Möglichkeiten der Behandlung von Komplikationen in diesem Zusammenhang, Operation von Fisteln u.a.
- Von Frauenorganisationen befürchtet wird auch eine Zunahme von Gewalt gegen Frauen – wirtschaftliche Not und ausweglose Situationen erhöhen Konflikte in der Familie.

Wie wurde auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert?

Dadurch, dass bei der Finanzkrise 2008 die Industrieländer hauptsächlich betroffen waren, war die Reaktion deutlich anders bei früheren Finanzkrisen in Ländern des Südens und Ostens. Während dort Währungen abgewertet und den öffentlichen Haushalten vom IWF umfassende Sparpakete verordnet wurden, verfügen die Industrieländer über ausreichend Mittel, ihre Banken aus Staatsgeldern zu retten und die Wirtschaft über Konjunkturprogramme am Laufen zu halten. Auch einige Schwellenländer haben Konjunkturmaßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft zu beleben. In den Industrieländern des Nordens betragen die dafür zur Verfügung gestellten Mittel

durchschnittlich 3,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) und sind in den meisten Ländern für die Dauer von zwei Jahren vorgesehen. China hat ein sogar Konjunkturpaket in der Größenordnung von mehr als 13 Prozent des BNE angekündigt.

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer, darunter auch osteuropäische Länder, mussten sich jedoch an den IWF wenden, um Geldspritzen zur Stabilisierung ihrer Währung und ihres Bankensystems zu erhalten. Eine der ersten Reaktionen auf die Finanzkrise war der Beschluss der G-20, die Mittel für den IWF aufzustocken; die Mittel wurden verdreifacht, ohne dass die Vergabepolitik des IWF zuvor reformiert und vor allem den Entwicklungs- und Schwellenländern eine demokratische Mitsprache ermöglicht worden wäre.

Per Ende Mai 2009 sind fast 50 Staaten (neuerlich) zu SchuldnerInnen beim IWF geworden. Die mit IWF-Krediten verbundenen Konditionalitäten fordern (ähnlich wie in der Vergangenheit) eine straffe Haushaltsführung – d. h. die Staaten müssen Sparpakete auflegen. Somit haben die ärmeren Länder keine Möglichkeit, ihre Wirtschaft ausgabenseitig durch Inlandsnachfrage und Schaffung von Arbeitsplätzen zu stimulieren.

Bankenrettungs- und Konjunkturpakete

Aber auch die von den Industrie- und Schwellenländern beschlossenen Bankenrettungs- und Konjunkturpakete sind teilweise problematisch. Durch die – wohl unvermeidliche Bankenrettung – steigt das öffentliche Defizit, ebenso durch die Konjunkturpakete, die völlig gender-blind sind. Es wäre überaus sinnvoll gewesen, die Krise für einen sozialen und ökologischen „New Deal“ zu nutzen, das ist aber nicht – oder kaum – passiert.

- Investiert wurde in Österreich:
- in die Autoindustrie (Verschrottungsprämie; (Beispiel aus Deutschland: Opel wurde gerettet, während Quelle/Karstadt – v.a. weibliche Beschäftigte – zusperrten musste.)
- in Kurzarbeit in der Industrie (Sicherung von überwiegend Männerarbeitsplätzen) – eine vernünftige Maßnahme der Arbeitszeitverkürzung; nur steht dem gegenüber, dass es bereits eine sehr verbreitete Form von Kurzarbeit von Frauen – nämlich der Teilzeitarbeit gibt, wobei diese Arbeit in der Regel noch dazu sehr schlecht bezahlt ist.
- Ein bisschen in Umweltschutzmaßnahmen (Förderung der thermischer Sanierung von Einfamilienhäusern und Wohnungen).

Sparpakete und ihre Folgen

Bankenpakete und Konjunkturpakete müssen irgendwie finanziert werden, vorerst durch eine Erhöhung des öffentlichen Defizits. Aber das sollte nach Möglichkeit ja irgendwann wieder abgebaut werden, wenn die Staaten nicht auf Dauer hohe Zinsen zahlen wollen. Das kann entweder durch Einführung neuer Steuern oder ausgabenseitig durch Sparen erfolgen. Die Befürchtung ist naheliegend, dass es zu Sparpaketen kommen wird, die in der Regel zu Lasten ärmeren Schichten, und damit auch Frauen, die von öffentlichen Leistungen stärker abhängig sind, gehen.

Zur Problematik der Umsetzung der Frauenrechte in Zeiten der Globalisierung

Zuständig für die Umsetzung aller Menschenrechte, auch für CEDAW, sind die Vertragsstaaten, d.h. die Nationalstaaten sind die Pflichtenträger.

Durch die neoliberale Politik der letzten 30 Jahre wurde die Handlungsfähigkeit der Staaten jedoch stark eingeschränkt; wesentliche wirtschaftspolitischen Entscheidungen wurden auf transnationale Ebenen – oft ohne demokratische Legitimierung – verschoben.

Die Umsetzung neoliberaler Politiken war stark mit der Politik des Währungsfonds verknüpft und hieß Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung, der Finanzmärkte sowie allgemein der Wirtschaft. Im selben Geist wurden multilaterale und bilaterale Handelsverträge abgeschlossen (Bsp. GATS und TRIPS in der WTO, regionale und bilaterale Freihandelsabkommen der EU).

Die Wirtschaftskrise bedeutet nun dazu eine sinkende Wirtschaftsleistung, dadurch sinkende Steuereinnahmen, und damit noch mehr Druck auf die Budgets.

Meines Erachtens gibt es in der Zuständigkeit für die Umsetzung der Menschenrechte die Problematik, dass die Nationalstaaten zwar zuständig sind, aber arme Länder aufgrund ihrer Einbindung in supranationale Institutionen und Verträge nicht ausreichend Handlungsspielraum haben, um Voraussetzungen zur Erfüllung der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte zu schaffen. Sogenannte „extraterritoriale Staatenpflichten“ der Industrieländer werden von den NGOs stark eingefordert, sind aber kaum vorhanden.

Um Frauenrechte im ökonomischen Bereich umzusetzen, braucht es ein politisches Umdenken: weg vom neoliberalen Modell hin zu einer Wirtschaft, die die Menschen und spezifisch auch Frauen mit ihren vielfältigen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt!

Dafür braucht es aus unserer Sicht:

- eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte (da die Nicht-Regulierung zu enormer Instabilität führt, denen einzelne Staaten gar nicht allein begegnen können) und eine Repräsentation von Frauen bzw. von Fraueninteressen in Reformkommissionen
- eine Umverteilung von Mitteln – auch und gerade von Steuermitteln – zulasten der Reichen und zugunsten der Armen der Welt. Das ungleiche Konzentration von Vermögen spielt eine wesentliche Rolle in der Suche nach immer neuen Anlagemöglichkeiten und der daraus resultierenden Finanzmarkt-Instabilität. Die Umverteilung von Vermögen ist eine hochpolitische Frage. Seitens globalisierungskritischer und feministischer NGOs gibt es viele Vorschläge – wie die Einführung von Vermögenssteuern, von Umweltsteuern oder einer Finanztransaktionssteuer – die wir von WIDE unterstützen, weil wir darin einen unmittelbaren Beitrag zur Finanzierung von Sozialsystemen, Bildung und Kultur sehen, zur Entlastung von Frauen und hin zu einer echten Gleichstellung.
- Eine Änderung der aggressiven Außenwirtschaftspolitik aller Industriestaaten, einschließlich der EU.
- Eine Abkehr vom Wachstumsparadigma und Bewusstseinsveränderung über den Wert von Arbeit, insbesondere der noch immer sehr abgewerteten „weiblichen“ Versorgungsarbeit.
- Konjunkturpakete für Soziales, Bildung und Kultur: Investitionen in diesem Bereich haben den stärksten Beschäftigungseffekt und kommen Frauen doppelt zugute: in Form von neuen Arbeitsplätzen, und eine gut ausgebaute Sozialinfrastruktur (wie ausreichend Kinderbetreuungsplätze) ermöglicht mehr Frauen, mehr Stunden bezahlt zu arbeiten und aus prekären Arbeitsverhältnissen in reguläre zu wechseln.

Vielen Dank!

Literatur

Alberdi, Inés (2009): The World Economic and Financial Crisis: What Will It Mean for Gender Equality?, http://www.unifem.org/news_events/story_detail.php?StoryID=901

IPS (2009): Migration Bolivia: Women's Remittances Come at High Cost, 25.5.2009, <http://ipsnews.net/print.asp?idnews=46963>

Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (deutsche Fassung),
<http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=20571>

OECD (2009): Rising informal employment will increase poverty,
http://www.oecd.org/document/22/0,3343,en_2649_34487_42529878_1_1_1_1,00.html

OXFAM (2009): Paying the Price for the Economic Crisis,
http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/impact_economic_crisis_women.pdf

Pimple, Minar (2009): Global Financial Crisis: Implications for India's Development,
<http://www.endpoverty2015.org/files/Global%20Financial%20Crisis%20-%20Implications%20for%20India's%20Development.pdf>

UNCTAD (2009): Trade and Development Report, http://www.unctad.org/en/docs/tdr2009_en.pdf

Unmüßig, Barbara (2009): Der Wirtschaftsriese steckt in der Krise: Chinas Konjunkturprogramm, http://eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/unmuessig_2009_der_wirtschaftsriese_steckt_in_der_krise_09-04-21.pdf

WIDE (2010): Kassasturz. Finanzkrise und Entwicklung aus feministischer Sicht,
http://www.oneworld.at/wide/2010/WIDE-Positionspapier_Kassasturz-2010.pdf

World Bank (2009): Women In 33 Countries Highly Vulnerable To Financial Crisis Effects,
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,print:Y~isCURL:Y~contentMDK:22092604~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>

Young, Brigitte & Helene Schuberth (2010): The Global Financial Meltdown And The Impact Of Financial Governance On Gender, GARNET Policy Brief Number 10, January 2010, http://www.garnet-eu.org/fileadmin/documents/policy_briefs/Garnet_Policy_Brief_No_10.pdf